

	z. K.	Fachverf.	Initiat.	Sektion
DIR				
BWO				Sachb.
KUM				
BFE				Termin
OFEN				Köple
UFF				
AEE				Akten-Nr.
AEW				
ABS				Erledigt
ELC				

Frau Bundesrätin
Doris Leuthard
Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation - UVEK
Zuhänden Bundesamt für Energie
Sektion BP
3003 Bern

0068

Bern, 23. Januar 2013 BVE C

Vernehmlassung Energiestrategie 2050 Stellungnahme des Regierungsrats des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Energiestrategie 2050 Stellung nehmen zu können. Wir nehmen die Gelegenheit gerne wahr, handelt es sich doch bei der Energiewende um eine Thematik, mit der sich der Regierungsrat des Kantons Bern schon seit rund 7 Jahren intensiv auseinandersetzt.

Generelle Bemerkungen

Der Regierungsrat stellt mit Genugtuung fest, dass die Energiestrategie 2050 in den wesentlichen Zielsetzungen mit seiner Energiestrategie 2006 übereinstimmt. Beide Energiestrategien verfolgen den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie für die Stromproduktion, die Förderung erneuerbarer Energien, den sparsamen Umgang mit Energie sowie die Energieeffizienz.

Die Energiewende ist ein nationales Projekt zur langfristigen Sicherstellung einer hohen Versorgungssicherheit der Schweiz mit Energie ohne Atomstrom. Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 wird deshalb eine gesamtschweizerische Aufgabe sein. Wir begrüßen ausdrücklich die Bestrebungen, wichtige kantonale Strategien und Massnahmen auf nationaler Ebene zu bündeln und zu fokussieren. Ein unterstützungswürdiges Beispiel ist die nationale Ausbaupotentialplanung für erneuerbare Energien. Ebenso ist es in den Augen des Regierungsrates unabdingbar, dass für Energieanlagen ab einer bestimmten Grösse ein nationales Interesse festgelegt wird. Die Energiestrategie 2050 beansprucht in gewissen Bereichen in angemessener Weise diese Führungsrolle des Bundes.

Der Regierungsrat bedauert allerdings, dass die Energiestrategie 2050 aus zwei Massnahmenpaketen besteht, die zeitlich verschoben zur Diskussion gestellt werden. Das zweite Massnahmenpaket, das fiskalische Massnahmen vorschlagen wird, dürfte letztlich bei der zukunftsverträglichen Steuerung des Energieverbrauchs eine grössere und wirkungsvollere Rolle spielen, als die Massnahmen des ersten Paketes. Der Regierungsrat des Kantons Bern hätte es begrüsst, wenn der Bundesrat **die beiden Massnahmenpakete zeitgleich vorgelegt** hätte. Er anerkennt aber auch die realpolitischen Aspekte, die einem solch systematischen Vorgehen entgegenstehen.

Für die zeitliche Umsetzung der Energiewende ist eine Laufzeitbeschränkung der einzelnen Kernkraftwerke von grosser Bedeutung. Sowohl für die Betreiber wie auch für Investoren in Energieeffizienz und erneuerbaren Energien würde eine verbindliche Terminierung der Stilllegung die notwendige Planungssicherheit bringen. Der Regierungsrat fordert deshalb, dass im Rahmen der Revision des Kernenergiegesetzes **verbindliche Fristen zur Ausserbetriebsetzung der heutigen Kernkraftwerke festgelegt** werden.

Die **Solarenergie** wird durch die vorgesehene Begrenzung beim Zubauziel übermässig zurück gebunden. Dies verzögert die Energiewende über Gebühr. Da erwartet werden kann, dass die Gestehungskosten von Solarstrom auch in den kommenden Jahren weiter sinken werden, ist mit **marktgerechten Festlegungen der KEV-Vergütungssätze** und nicht mit konservativen Zielfestlegungen dafür zu sorgen, dass die Fördermittel effizient und möglichst ohne Mitnahmeeffekte eingesetzt werden.

Der Regierungsrat legt Wert auf die Feststellung, dass die noch latent vorherrschende Nachfrageorientierung bei den Massnahmen einer **expliziten Angebotsorientierung bei der Energieversorgung** Platz machen muss. Nur so kann der Suffizienzgedanke glaubwürdig eingeführt werden.

Der Prozess der «Energiewende» ist auf einer langen Zeitachse angedacht. Sie ist mit unvermeidbaren Unsicherheiten und Ungenauigkeiten verbunden. Damit mit diesen sachgerecht umgegangen werden kann, braucht es klar und zweckmässig definierte Steuerzyklen. Ziele und Strategien zu den einzelnen Massnahmen müssen in sinnvollen Abständen mit Blick auf die Ziele der Energiewende überprüft und allenfalls neu ausgerichtet werden. Artikel 59 im Energiegesetz geht auf dieses Anliegen ein. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer zielorientierten Steuerung der Energiewende kommt dann allerdings in den Erläuterungen nur noch ungenügend zum Ausdruck.

Absolut ungenügend ist das erste Massnahmenpaket mit Blick auf den verkehrlichen Energiebedarf: Im erläuternden Bericht wird richtigerweise festgestellt, dass die Mobilität gut einen Drittel des Energieverbrauchs verursacht und eine erhebliche Einflussgrösse ist. Trotzdem werden für die Mobilität vergleichsweise wenig ambitionierte Ziele gesetzt. In der Konsequenz sind auch die vorgeschlagenen Massnahmen ungenügend. Die vorgesehenen CO₂-Emissionsvorschriften sind zwar wichtig, gehen jedoch zu wenig weit. Sie betreffen zudem nur die Neuwagen und wirken erst langfristig. Da das Massnahmenpaket keine griffigen Massnahmen vorsieht, welche auf die bestehende Flotte und die Verkehrsleistung wirken, wird es nicht gelingen, den Energieverbrauch und damit auch die CO₂-Emissionen bis 2020 signifikant zu reduzieren. Der Regierungsrat fordert deshalb den Bundesrat auf, die **Einführung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen für den bodengebundenen wie auch für den Flugverkehr** (gemäss CO₂-Gesetz Art. 6 ff.) nicht weiter hinauszuschieben. Heute ist es offensichtlich, dass die Reduktion des Energieverbrauchs und der Treibhausgase mit anderen Massnahmen, wie noch von der Bundesversammlung im Dezember 2011 vorgesehen, nicht möglich ist.

Ein weiteres Problem ist der Import von **Strom aus ausländischen Atomkraftwerken**. Es wird mit den vorgeschlagenen Gesetzesrevisionen nicht gelöst. Aus Sicht des Regierungsrates muss geprüft werden, ob Bestimmungen möglich sind, solche Importe künftig zu verhindern.

Zum Fragebogen

In der Beilage finden Sie die Antworten des Regierungsrates auf die Fragen, die Sie den Vernehmlassenden gestellt haben.

Bemerkungen zu ausgewählten Aspekten der vorgeschlagenen gesetzlichen Anpassungen

Nachstehend nimmt der Regierungsrat die Gelegenheit wahr, unabhängig vom Fragebogen noch speziell auf einige wesentliche Aspekte der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen hinzuweisen und Anpassungen zu beantragen:

Antrag zu Energiegesetz Art. 2 Abs. 1:

Die vorgeschlagenen Ziele unterstützen wir grundsätzlich. Allerdings suggerieren die konkret vorgeschlagenen Zielwerte eine de facto nicht vorhandene Genauigkeit der zu Grunde liegenden Planung. Zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit schlagen wir vor, in Abs. 1 die anvisierte durchschnittliche Produktion im Jahr 2035 bei mindestens 12 000 GWh und im Jahr 2050 bei mindestens 25 000 GWh anzusetzen.

Antrag zu Energiegesetz Art. 3:

Dieser Artikel ist zu streichen. Die Zielsetzungen für ganz oder teilweise fossil betriebene WKK-Anlagen passen nicht in das Konzept einer Energiestrategie 2050, die auch einen Beitrag an die Erreichung der Ziele des Klimaschutzes leisten will. Ein Verzicht auf explizite Zielsetzungen heisst nicht, dass derartige WKK-Anlagen in Einzelfällen nicht durchaus einen Sinn machen können.

Sollte an Zielsetzungen für WKK-Anlagen festgehalten werden, so beantragen wir als flankierende Massnahme die Anpassung der eidgenössischen Luftreinhalteverordnung derart, dass WKK-Anlagen Emissionsgrenzwerte einhalten müssen, die den Stand der Technik widerspiegeln.

Antrag zu Energiegesetz Art. 6 Abs. 3:

Als flankierende Massnahme ist die eidgenössische Luftreinhalteverordnung betreffend die fossil-thermischen Kraftwerke derart anzupassen, dass diese Anlagenkategorie Emissionsgrenzwerte einhalten muss, die dem Stand der Technik entsprechen. Ohne eine solche Anpassung würde z.B. eine einzige solche Anlage die Erfolge in der Luftreinhaltung des Kantons Bern in den letzten 20 Jahren auf einen Schlag vernichten.

Antrag zu Energiegesetz Art. 11 bis Art. 16:

Es ist im Detail zu prüfen, welche der Bestimmungen, die wir alle materiell nicht bestreiten, aus systematischer Sicht nicht besser ins Bundesgesetz über die Raumplanung übergeführt werden können. Raumwirksame Interessen der Energieversorgung sind ohnehin in das Verhältnis mit anderen Raumordnungsinteressen zu setzen. Dies ist nur innerhalb der Raumordnungsprozesse und –verfahren transparent möglich.

Antrag zu Energiegesetz Art. 13 Abs. 3:

Für die Umsetzung in die Nutzungspläne ist den Kantonen eine konkrete Frist zu setzen; «zügig» ist ein zu dehnbarer Begriff und kann das Erreichen der Ziele der Energiestrategie gefährden. Wir beantragen für Art. 13 Abs. 3 folgenden Wortlaut:

³ *Die Kantone sorgen dafür, dass die Festlegungen innerhalb von 5 Jahren nach Genehmigung der Richtpläne durch den Bund vorgenommen werden.*

Antrag zu Energiegesetz Art. 15 Abs. 3:

Wir beantragen diese Bestimmung zu streichen, da sie widersprüchlich ist und in der Praxis nicht umgesetzt werden kann. Eine kleine Anlage, die für sich alleine kein nationales Interesse beanspruchen kann, kann nicht als Teil der Gesamtheit aller kleinen Anlagen plötzlich doch wieder von nationalem Interesse sein.

Antrag zu Energiegesetz Art. 18 Abs. 3 Bst d (neu):

Wir beantragen Art. 18 Abs. 3 um den Buchstaben d mit folgendem Wortlaut zu ergänzen:

d. Anlagen, die zur Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Baustandards installiert werden.

Die kantonalen gesetzlichen Vorschriften (MuKE) entwickeln sich weiter. Bei vielen Bauten werden künftig Photovoltaikanlagen zum Baustandard gehören. Anlagen, die aufgrund von Bauvorschriften realisiert werden, erfordern keine zusätzliche finanzielle Förderung.

Antrag zu Energiegesetz Art. 20:

Die einseitige Beschränkung der Mittel für die Photovoltaik ist ungerechtfertigt. Es ist zu erwarten, dass die Gestehungskosten für solaren Strom in wenigen Jahren tiefer sein werden, als von anderen erneuerbaren Energien (z.B. Kleinwasserkraft oder Geothermie).

Es wäre unklug, die Entwicklung der Solarenergie zu Gunsten teurerer Alternativen voreilig zu beschränken. Wir beantragen deshalb, Art. 20 so zu formulieren, dass nicht die Mittel beschränkt, sondern die maximalen Vergütungssätze marktgerecht festgelegt werden.

Antrag zu Energiegesetz Art. 31 und Art. 32:

Die beiden Art. 31 und 32 sind zu streichen. Bereits zu Art. 3 haben wir festgestellt, dass für fossil-thermische Stromerzeugungsanlagen keine Ziele gesetzt werden dürfen, weil dies den Zielen des Klimaschutzes widerspricht. Anlagen dieser Art lehnen wir ab. Sie sollen unter keinen Umständen finanziell gefördert werden.

Antrag zu Energiegesetz Art. 42 Abs. 3 Bst. e:

Der Erlass von Vorschriften über Gebäude im Bereich Baupolizei und Energietechnik ist primär Sache der Kantone. Es ist nicht Aufgabe des Bundes, so detaillierte Vorschriften, wie in Art. 42 Abs. 3 Bst. e vorgesehen, zu erlassen. Dies wäre für Bundesvorschriften nicht stufengerecht. Die Regelung ist daher zu streichen.

Antrag zu Energiegesetz Art. 64 Abs. 1:

Das Bundesgericht hat mit BGE 1C_78/2012 entschieden, dass Kantone ebenfalls Gebühren für ihre Aufwendungen im Zusammenhang mit Verfügungen und Bewilligungen des Bundes erheben können. Art. 64 Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:

¹Für Verfügungen, Bewilligungen, Kontrollen und besondere Dienstleistungen des Bundes und der Kantone können Gebühren erhoben werden. Der Bundesrat bestimmt für die Bundesstellen deren Höhe.

Antrag zu CO₂-Gesetz Änderung Art. 29 und Art. 34:


Die vom Bund vorgeschlagenen Varianten weisen beide wesentliche Nachteile auf. Wir fordern eine **Kombination beider Varianten**. So ist einerseits die finanzielle Aufstockung der Globalbeiträge, wie sie in Variante 2 vorgeschlagen wird, zwingend notwendig. Andererseits ist zusätzlich dazu die Vorgabe in das Gesetz aufzunehmen, dass Globalbeiträge an die Kantone gemäss Variante 1 ausgerichtet werden.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme der Haltung des Regierungsrates und bitten Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:



Der Staatsschreiber:



Beilage: Fragebogen

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation: **Kanton Bern**

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050	1
Allgemeine Fragen	2
Kernenergiegesetz	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz.....	3
Energieeffizienz.....	4
Gebäude.....	4
Mobilität	5
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	6
Industrie und Dienstleistungen.....	6
Erneuerbare Energien.....	7
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	8
Einspeisevergütungssystem.....	8
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen.....	9
Netzzuschlag	10
Fossile Kraftwerke.....	11
Netze	12

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Ziele der Energiestrategie 2050 decken sich mit denjenigen der bernischen Energiestrategie 2006. Beide Strategien haben den Ausstieg aus der Atomenergie, die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie die Reduktion der Auslandabhängigkeit bei den fossilen Energieträgern zum Ziel; dies bei qualitativ guter und hoher Versorgungssicherheit.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aus übergeordneter Sicht sinnvoll und wirkungsvoller wäre die gleichzeitige Entwicklung und Verabschiedung beider Massnahmenpakete, da sie sich gegenseitig in ihren Wirkungen erheblich beeinflussen und ergänzen. Synergien könnten so gezielt entwickelt werden. Überdies werden die grossen Wirkungen in Richtung der Ziele der Energiestrategie 2050 erst die angedachten Massnahmen der zweiten Etappe bringen. Ein Zuwarten und Verschieben der grossen Wirkungen um 10-20 Jahre ist unter diesem Aspekt wenig effektiv. Die gleichzeitige Entwicklung wäre mit grosser Sicherheit kostengünstiger.

Realistisch gesehen würde ein derartiges Vorgehen allerdings die nationale Politik überfordern und das Erreichen der Ziele der Energiestrategie 2050 letztlich zur Gänze in Frage stellen. Aus diesem Grund befürworten wir das etappierte Vorgehen.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die gegenseitige Verknüpfung des Ausstiegs aus der Atomenergie mit dem 1. Massnahmenpaket ist unverzichtbar. Erst der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie zeigt die klare Notwendigkeit für das vorliegende Massnahmenpaket auf. Andererseits wäre der Atomausstieg ohne diese Massnahmen gar nicht möglich, wenn die Versorgungssicherheit mit Energie gewährleistet werden soll. Allerdings muss der Ausstieg durch Stilllegungsdaten der fünf Kernkraftwerke klar terminiert werden.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das Verbot für Rahmenbewilligungen für neue Atomkraftwerke ist eine Bedingung, dass das Massnahmenpaket der ersten Etappe von Beginn weg mit genügend Rückhalt umgesetzt werden kann. Die «Rückfallposition» Atomkraftwerke muss ausgeschlossen sein.

Das Verbot der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelement befürworten wir aus den im Erläuterungsbericht aufgeführten Gründen ausdrücklich.

Der Verzicht auf ein Technologieverbot im Bereich Atomkraft ist langfristig gesehen sinnvoll. Die heutige Atomkrafttechnologie ist nicht akzeptabel, weil mit ihr sehr grosse Störfallrisiken und ungelöste Abfallprobleme mit hohem Gefährdungspotential verbunden sind. Können diese beiden Hindernisse durch eine künftige Atomkrafttechnologie ausgeschlossen werden, dann wäre die Atomkrafttechnologie der fossilen Energieerzeugung, die heute den Charakter einer Backuplösung hat, eindeutig überlegen.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Konkrete quantitative Ausbau- und Verbrauchsziele sind als Voraussetzung für die Ausformulierung der einzelnen Massnahmen zwingend. Allerdings sind diese Ziele auch immer abhängig von der tatsächlichen künftigen Verbrauchsentwicklung, die aufgrund der inhärent grossen Unsicherheiten heute nicht abschliessend festgelegt werden kann. **Aus diesem Grund ist in das Gesetz ein Passus aufzunehmen, der verlangt, dass die Ausbau- und Verbrauchsziele im Abstand von z.B. 10 Jahren mit Blick auf die Ziele der Energiestrategie 2050 überprüft und gegebenenfalls im Gesetz angepasst werden.** Die Ziele der Energiestrategie 2050 sind letztlich «Versorgungssicherheit ohne Atomstrom» und «Klimaverträglichkeit». Die vorgeschlagenen Ausbau- und Verbrauchsziele decken sich nur aus heutiger Sicht mit den überordneten Zielen.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Über 40 Prozent des Energieverbrauchs wird durch den Gebäudepark verursacht. Dabei ist der grösste Teil der bestehenden Bauten aus energetischer Sicht sanierungsbedürftig. Mit der Verstärkung des Gebäudeprogramms kann auf die Sanierungsrate positiv eingewirkt werden.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
☐ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
☒ Keine der beiden Varianten
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die vom Bund vorgeschlagenen Varianten weisen beide wesentliche Nachteile auf. Wir beantragen eine **Kombination beider Varianten**. Der Vorteil von Variante 1 liegt darin, dass die Kantone ihre Förderprogramme spezifisch auf die lokalen Gegebenheiten und gesetzlichen Rahmenbedingungen anpassen können. So haben z.B. Stadtkantone andere Voraussetzungen als kleine Landkantone. Und Kantone mit fortschrittlichen Energiegesetzen andere Schwerpunkte, als Kantone mit tieferen Anforderungen. Die Wirkungen der Förderprogramme können so optimiert werden. Jedoch sind dabei eine finanzielle Aufstockung der Globalbeiträge und die Erhöhung der CO₂-Abgabe auf mindestens 90 Franken pro Tonne wie sie in Variante 2 vorgeschlagen werden zwingend notwendig. Denn dies verteuert die unerwünschten CO₂-Emissionen stärker und trägt so mehr zum Klimaschutz bei und belastet weder den Bund noch die Kantone zusätzlich. Sie belastet vielmehr die Verursacher (Verursacherprinzip).

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinqües} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mit dem Vorschlag der Energiestrategie 2050 Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über mehrere Jahre von den Steuern abziehen, wird ein aus energie- wie finanzpolitischer Sicht gravierender Mangel der heutigen Regelung, nämlich die Förderung von sogenannten Pinselrenovationen an Stelle von energetisch durchdachten Sanierungen, beseitigt. **Allerdings ist zu prüfen, ob die Streckung der Steuerabzugsfähigkeit statt auf drei auf fünf Jahre verlängert werden sollte.** Mit einer derartigen Verlängerung könnten anspruchsvollere Gesamtsanierungen auch für mittlere und kleine Einkommen finanzierbar werden.

Die Bedingung, dass die Investitionen nur dann abzugsberechtigt sind, wenn das betreffende Gebäude einen bestimmten minimalen energetischen Standard aufweist, ist nicht erst auf 2025 in Kraft zu setzen, sondern sofort mit Inkraftsetzung der Rechtsgrundlagen für die Energiestrategie 2050.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

In Anbetracht des grossen Anteils des motorisierten Individualverkehrs an den Klimagasemissionen der Schweiz genügt die Absenkung der durchschnittlichen CO₂-Emissionen der im Jahr 2020 in Verkehr gesetzten Personenwagen auf 95 g CO₂/km nicht. Bereits heute rechnen die USA mit weitergehenden Reduktionen bei amerikanischen Neuwagen. **Aus diesem Sinn fordern wir eine Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für 2020 auf 80 g CO₂/Km.**

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die implizite und nicht gerechtfertigte Privilegierung der leichten Nutzfahrzeuge, die von der LSVA befreit sind, wird mit der Einführung dieses Emissionsziels aufgehoben.

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Verbindliche Effizienzvorgaben für Elektrizitätslieferanten sind sinnvoll. Die konkrete Massnahme lehnen wir in der vorgeschlagenen Form jedoch ab, weil sie nicht umsetzbar ist. Im künftig liberalisierten Strommarkt sind die Elektrizitätslieferanten nicht notwendigerweise in der Schweiz. Im Ausland angesiedelt könnten sie sich einer solchen Regelung entziehen. Die schweizerischen Lieferanten hätten einen Konkurrenznachteil.

Wir schlagen als Alternative vor zu prüfen, wie die Netzbetreiber in ein Effizienzsteigerungssystem eingebunden werden könnten.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die Kantone ist es wichtig, bessere Datengrundlagen als heute verfügbar zu haben. Im Strombereich z.B. ist es den Kantonen heute aufgrund der mangelnden Daten unmöglich, eine gesicherte Erfolgskontrolle zur Wirksamkeit ihrer Förder- und Effizienzmassnahmen durchzuführen.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Keine

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Möglichkeit zur Erlangung einer Rückerstattung des Netzzuschlags muss jedoch zeitlich auf den Zeitpunkt befristet werden, auf welchen mit dem zweiten Massnahmenpaket für die Energiestrategie 2050 die Gesamtenergieabgabe eingeführt worden ist. Existiert eine Gesamtenergieabgabe, verliert die Rückerstattung des Netzzuschlags ihre Anreizfunktion.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir unterstützen das Anliegen, die kantonalen Planungen im Bereich Energie zu einem gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplan zusammen zuführen, da für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 eine gesamtschweizerische Sicht unabdingbar ist. **Ergänzend ist vom Bund vorzugeben, dass die Ausbauplanung in den Kantonen nach den Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung durchgeführt wird. Dies hat zur Folge, dass Schutzanliegen nicht nur Rechnung zu tragen sind, sondern dass die Planungsentscheide konsequent aufgrund einer qualifizierten Abwägung der Schutz- und Nutzungsinteressen gefällt werden. Artikel 11 ist in diesem Sinn zu ergänzen.**

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Planungen der Kantone sind Voraussetzung für den gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplan. Allerdings ist EnG Artikel 13 in sich widersprüchlich: einerseits sollen die Kantone die Festlegungen zügig vornehmen, andererseits sollen die Festlegungen auf der Grundlage des Ausbaupotenzialplans erfolgen. **Artikel 13 ist im Sinn der Erläuterungen klarer zu formulieren.**

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Statuierung eines nationalen Interesses für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse ist ein altes Anliegen des Kantons Bern. Erst mit einer solchen Festlegung sind überhaupt qualifizierte Abwägungen zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen möglich.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. die Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Regelung ist zweckmässig und fördert tendenziell das Erstellen von kleinen Erzeugungsanlagen für den Eigenverbrauch. Wichtig ist allerdings, dass die Netzbetreiber, wie im StromVG in Art. 6 und 7 vorgesehen, die Möglichkeit erhalten, für Eigenproduzenten von Strom spezielle Kundengruppen zu bilden. Nur so kann verhindert werden, dass die Kosten für das Netz über Gebühr den reinen Stromabnehmern angelastet werden müssen.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir unterstützen den Ausschluss. Bereits heute können die betroffenen Anlagen in der Regel wirtschaftlich Strom erzeugen. Entscheide bei diesen Anlagen das Strompotenzial nicht zu nutzen, werden in den wenigsten Fällen aufgrund von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen gefällt. Eine Beibehaltung der KEV für die Anlagen würde vor allem Mitnahmeeffekte produzieren.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Begrenzung der jährlich verfügbaren Mittel einseitig bei der Photovoltaikbranche vorzunehmen ist nicht richtig. Die Solarenergie bietet das grösste Potenzial an erneuerbaren Energien, ohne zusätzlich die Landschaft zu beanspruchen. Schon heute produziert Bayern fast doppelt soviel Solarstrom pro Kopf und Jahr, wie wir das im 2020 tun sollen. Deshalb wäre eine marktgerechte Anpassung der Vergütungssätze zielführender als eine Begrenzung der Mittel.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Auslagerung der Vollzugsstelle für das Einspeisevergütungssystem in eine separate Stelle ist eine Verkomplizierung des Systems. Sie erscheint aber aufgrund der bei Swissgrid vertretenen Interessen nicht vermeidbar.

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das Ausgliedern der kleinen Fotovoltaikanlagen aus dem Einspeisevergütungssystem ist zweckmässig und entlastet den Monitoringaufwand und die Administration des ganzen Systems.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung
☒ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Das Einmalvergütungssystem ist die gerechteste Lösung, da damit gesamtschweizerisch die Vergütung nach den gleichen Ansätzen bestimmt wird. Wir nehmen in Kauf, dass mit dem Net Metering ungleiche Vergütungen für vergleichbare Anlagen aufgrund der schweizweit stark unterschiedlichen Vergütungstarife vergütet werden.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Kleine Anlagen, die heute auf der Warteliste sind, können mit der Ausgliederung aus dem Einspeisevergütungssystem schneller mit einer Vergütung, der Einmalvergütung, rechnen. Somit wird der Zubau kleiner Anlagen tendenziell beschleunigt.

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Entfernung des Gesamtdeckels ist ein altes Postulat des Kantons Bern. Speziell befürworten wir beim Netzzuschlag die Begrenzung des Anteils für die Entschädigung von Wasserkraftwerken.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir lehnen die Subventionierung fossiler Energieerzeugung ab. WKK-Anlagen haben den Charakter von Backup-Anlagen. Sie werden benötigt, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien knapp ist und dementsprechend ein höherer Preis dafür bezahlt wird. Die höheren Preise führen dazu, dass WKK-Anlagen ohne Subventionen wirtschaftlich betrieben werden können.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wie in der Antwort zu Frage 26 ausgeführt, lehnen wir eine Förderung von WKK-Anlagen unabhängig ihrer Grösse ab. Die vorgeschlagene minimale Feuerwärmeleistung würde zudem die Privaten, die eine kleine WKK-Anlage bei sich zuhause realisieren möchten, benachteiligen.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Da wir eine Teilnahme von WKK-Anlagen an einem Vergütungssystem ablehnen, sind alle WKK-Anlagen zu einer Kompensation ihrer CO₂-Emissionen zu verpflichten.

29. Welche alternativen Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

Keine

Wir befürworten eine indirekte Förderung durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für die kombinierte Wärme- und Stromerzeugung, z. B. im Rahmen von kommunalen Energie-richtplanningen.

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Keine

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Keine